

### Beitrag von GR Elke Heinrichs zum Voranschlag 2021

In diesen bemerkenswerten Zeiten ist nach Meinung der KPÖ, nach unserer festen Überzeugung, ein besonderer Fokus auf jene Menschen zu legen, die durch Verletzlichkeit bzw. Krankheit und deren Folgen besonders betroffen und getroffen sind.

Diesen geschwächten Menschen fühlen wir uns vor allem verpflichtet, ihnen gelten unsere politischen Überlegungen in der Hauptsache.

Seit langen Jahren nehme ich – auch unter dem Eindruck von Slogans wie „alles und zu jeder Zeit“ oder gar „Geiz ist geil“ – die Zeit, in der wir leben, als überhitzte Zeit war. Man lebt(e) in der Vorstellung – es wird schon in dem Takt weitergehen.

Und plötzlich ist es da: Ein ganz besonderes Handicap in der Form einer Mikrobe. Das Virus SARS-CoV-2 zeigt wie ein Scheinwerfer auf das große wirtschaftlich-gesellschaftliche Ungleichgewicht. Auch hierzulande!

Sehr rasch hat sich ein Druck aufgebaut, ein Druck, der natürlich noch immer nicht alle im gleichen Maß erkennen lässt, worum es geht: Nämlich um nichts Geringeres als um die Gesundheit, das Wichtigste in unser aller Leben.

Die finanziell schlechter Gestellten, die kaum oder gar nicht abgesichert sind, sie erfahren nun, wie rasch es von allen Seiten eng wird, und dass jeder notwendige Schritt eine merkliche Verteuerung lebenswichtiger Belange bedeuten kann.

Das Leben verteuert sich z.B. dann, wenn die bitter nötige Psychotherapie auf Kasse – obwohl aus zahlreichen Richtungen eingefordert – noch immer nicht allen Betroffenen angeboten wird. Wenn also Menschen in ihren Nöten selbst in die Tasche greifen müssen, in Taschen, die keine Reserven haben.

### Prioritäten richtig setzen!

Wie es um die Gewichtung finanzieller Prioritäten bestellt ist, das konnte man erkennen, als publik wurde, dass per gesetzlicher Grundlage über einen Fonds – als „Prikräf“ (Privatkrankenanstaltenfonds) bekannt – 45 Privatkliniken subventioniert werden und dass dieser Fonds noch vor dem Sommer um 15 Mill. Euro aufgestockt wurde. Seit 2019 haben die Sozialversicherungsträger 145 Mill. Euro in den „Prikräf“ eingezahlt. Die Gelder stammen aus den Pflichtbeiträgen gesetzlicher Krankenversicherungen (aus Mitteln von ÖGK, BVAEB und SVS). Diese Finanzspritzen sind auch laut ÖGK-Obmann-Stellvertreter Andreas Huss ein grober Kunstfehler! Das Geld Versicherter darf nicht in gewinnorientierten Privatkliniken landen. Oder - warum soll jemand ein Privatspital finanzieren, wenn er sich dieses selber nicht leisten kann?

Nach wie vor stellt sich die Frage, was die diesbezüglichen Untersuchungen zum ehemals türkis-blauen Freundschafts-Deal zutage bringen werden.

Seit Jahren fehlen diese Summen, wenn es um die Finanzierung der Psychotherapie auf Kasse geht. 150.000 betroffene PatientInnen in Österreich müssen ihre notwendigen Psychotherapien selbst bezahlen! Zwar wurden seitens der ÖGK zuletzt zusätzliche 20.000 Kontingentstellen versprochen. Aber warum sollen 130.000 Menschen ihre Therapie weiterhin selber bezahlen, wenn gleichzeitig wie selbstverständlich Privatkliniken aus Steuergeldern mitfinanziert werden? Soviel zur Gewichtung.

Was nicht in Frage steht: Coronabedingt sind jedenfalls die psychischen Erkrankungen im Ansteigen begriffen.

Das Beispiel Prikraf zeigt, dass es bei der Gesundheitspolitik nicht eine Frage der finanziellen Ressourcen ist, sondern eine Frage der Gewichtung derselben. Daher müssen schleunigst allen kranken Menschen die nötigen Therapien und Behandlungen auf Kasse zur Verfügung gestellt werden! Für die Aufstockung der Psychotherapien muss darüber hinaus gelten: Realisierung sofort und nicht erst mit 1. 1. 2021!

### **Initiativen für eine bessere Versorgung und Therapie**

In den letzten Jahren hat die KPÖ mehrere Initiativen für eine bessere Versorgung und Therapie Erkrankter eingebracht, wie z. B.:

- Gleichbehandlung aller HerzinfarktpatientInnen
- Diabetikerpauschale durch das Sozialamt
- mehr Hebammen auf Kasse für Graz
- Diabetes Nanny für chron. kranke Kinder
- Schaffung von Kassenverträgen zur Behandlung im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Psychotherapie auf Kasse
- Anhebung des Pflegeschlüssels bei den GGZ als weiterer Anreiz für fehlende Pflegekräfte

Wenn es um die Verbesserung der Gesundheit, um Erholung und um Prävention geht, müssen aber auch zahlreiche andere Aspekte berücksichtigt werden, so unter anderem die soziale Situation der Bevölkerung und Umweltaspekte. So tragen unsere Forderungen nach einer Mindestsicherung bei AMS-Sperre, nach Pfand für Plastik und Batterien und Akkus, nach Luftgütemessung und nach Maßnahmen zur Lärmbekämpfung wie auch Initiativen rund um das große Thema Wohnen diesem Umstand Rechnung.

Unsere Initiativen haben sich sowohl an die Stadt selber, aber auch als Petitionen an Land und Bund gerichtet. Gerade dort, wo es darum geht, dass die Stadt es selbst in der Hand hätte, zur Verbesserung der Allgemeinsituation beizutragen, etwa bei der Anhebung des Pflegeschlüssels bei den GGZ, ist es nicht nachvollziehbar, dass nicht alle Grazer Gemeinderatsfraktionen an einem Strang ziehen.

### **Ausgebrannte MitarbeiterInnen können wir uns nicht leisten!**

Es geht darum, dass Geld dort ausgegeben werden muss, wo es im Interesse der Bevölkerung erforderlich ist, und keinesfalls eingespart werden darf, denn wenn am falschen Platz gespart wird, dann entstehen in der Folge Kosten, die wir uns als Gesamt-Gesellschaft nicht leisten können.

Bei allen Kalkulationen, den oft kurzfristigen Budgetsanierungen, sollte immer auch mitausgerechnet sein, was uns falsche Entscheidungen in dieser Hinsicht letztlich kosten!

Laut Kurier, 21.10.2020 rechnet uns erstmals das Wifo im Wirtschaftsteil vor:

„Psychisch und physisch stark belastende Arbeitsbedingungen verursachen Krankheiten, die kosten. Unfälle, Erkrankungen und Todesfälle verursachen Kosten bei Betroffenen, der Wirtschaft, dem Gesundheitssystem. 1800 Menschen sterben jährlich an arbeitsbedingtem Krebs. – Krank durch Arbeit kostet Milliarden!“

Was für die Gesamtbevölkerung gilt, gilt natürlich auch für das Gesundheitspersonal:

Ausgebrannte Mitarbeiter im Gesundheits- und Pflegebereich können wir uns nicht leisten.

Wenn es in einer Stellungnahme bezüglich einer Personalausstattungsverordnung idgF. für die Steiermark heißt:

„Der Personalschlüssel kann im Einzelfall bis zu 10% unterschritten werden. Eine solche Unterschreitung ist an maximal 30 Tagen innerhalb eines Kalenderjahres zulässig, wenn die Pflegequalität darunter nicht beeinträchtigt wird (Anm.: was aber in der Praxis rückwirkend ganz einfach nicht feststellbar ist!)“,

dann geht das gar nicht! Das ist neben vielen anderen Faktoren jedenfalls keinesfalls ein Anreiz, in den vielschichtigen Pflegeberuf zu gehen. Krisenfestigkeit alleine ist kein Anreiz, das haben wir alle schon erkannt.

Bereits im Dez. 2019 (Kleine Zeitung) - damals war von Corona noch keine Rede - hat uns die gewerkschaftliche Vertretung vorgerechnet, dass „hochgerechnet rund 300 Leute in den KAGes-Spitälern fehlen“. Die Barmherzigen Brüder in Graz haben 180 Pappkameraden aufgestellt.

Auch die KAGes hat auf Anstrengungen gegen Personalnot verwiesen:

„Die KAGes hat nach dem „Hilfeschrei“ der Spitalsmitarbeiter ihre Sicht der Dinge dargelegt und den Angestellten teils recht gegeben: Es habe in den letzten Jahren mehrere Einflussfaktoren gegeben, die unbestritten auch von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen mehr abverlangt haben.“

### **Es gilt, aus der aktuellen Situation Lehren zu ziehen.**

Laut Medizingeschichte gibt es Epidemien und Pandemien nicht erst seit 2020 (man muss nicht gar so verwundert sein). Daher sind jegliches Zusperrern von Krankenhäusern, von Abteilungen, die Ideen, Einrichtungen schließen zu wollen und Einsparungen im Gesundheitsbereich vorzunehmen, abzulehnen. In Zeiten hochgradiger Spezialisierung können Spezialisten und Spezialistinnen nicht auf Knopfdruck rekrutiert werden, das Zerschlagene nicht mit der nötigen Geschwindigkeit in Gang gesetzt werden.

Möge uns durch kluge und umsichtige Vorsorge das erspart bleiben, was man im Kurier vom 29.10.2020 lesen kann: „Infizierte Ärzte arbeiten in Spitälern. Es wird aber betont, dass infizierte Ärztinnen und Pfleger ausschließlich infizierte PatientInnen betreuen.“

Wir von der KPÖ sind uns sicher, dass Personal- und Beratungsaufwand sich letztlich rechnen wird. Wir werden daher weiterhin die nötigen Geldmittel dafür einfordern.

### **Und was macht die Stadt Graz?**

Dasselbe gilt auch für die Ausstattung der kommunalen Gesundheitsbehörden mit den nötigen Mitteln: Diese musste man in der Vergangenheit bei Budgets mit der Lupe suchen oder waren, wie die Impfstelle, sogar von der Schließung akut bedroht. Die Schließung konnte auch durch das Wirken der KPÖ abgewendet werden und unserem Stadtrat Mag. Robert Krotzer ist es gelungen, die bauliche und technische Infrastruktur zu modernisieren. Dieser Erfolg kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass jetzt die Notwendigkeit besteht, die kommunalen Gesundheitsbehörden mit den zeitgerechten personellen Ressourcen und finanziellen Mitteln auszustatten. Es geht nicht allein darum, Vergangenes aufzuholen, sondern vor allem vorausschauend auch für die zukünftigen Herausforderungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes gerüstet zu sein.

Umso mehr überrascht es, dass es zwar eine – durchaus begrüßenswerte - Erhöhung der Subventionen im Sport- und Kulturbereich gibt, dass aber eine solche Subventionserhöhung für die Grazer Gesundheitseinrichtungen und -initiativen kurzfristigerweise in dem von der schwarz-blauen Koalition vorgelegten Budget gar nicht berücksichtigt wurde. Dabei hätte die Kommune gegenüber

ihren Bürgerinnen und Bürgern eine besondere Verpflichtung, gerade jetzt Hilfsangebote und Unterstützungsmöglichkeiten zu schaffen und auszubauen. Wenn man bedenkt, dass die Stadt Graz nicht einmal einen Euro pro GrazerIn zur Unterstützung von Einrichtungen und Vereinen zur Verfügung stellt, die jeden Tag einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesundheit der Grazer Bevölkerung leisten, ist das ein grobes Versäumnis.

Bedanken möchte ich mich bei all jenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Haus Graz, die tagtäglich dafür sorgen, dass unsere Stadt funktioniert und lebenswert ist, stellvertretend für alle bei Mag. Dr. Karl Kamper, Michael Kicker und ihrem Team, Magistratsdirektor Martin Haidvogel sowie im Speziellen bei der Leiterin des Gesundheitsamtes, Dr.in Eva Winter und bei Herrn DI Dr. Werner Prutsch vom Amt für Umwelt und Gesundheit, sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Abteilungen.

Elke Heinrichs